Aus dem Stadtrat

Am 16.09.2020 fand in Gerolstein, im Rondell, eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Gerolstein statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Radweg Gerolstein - Prüm
Der in der Sitzung des Bauausschusses vom 26. August 2020 gefasste Beschluss über den Bau eines Radweges zwischen Gerolstein und Prüm wurde vom Stadtrat abgesegnet. Der Rat strebt gemeinsam mit der Verwaltung den schnellstmöglichen Ausbau an.

Bildung und Einsetzung der Arbeitskreise
Der Stadtrat stimmte dem Ausschuss für Tourismus und Stadtentwicklung zu, bestätigte dessen Beschluss vom 2. September 2020 und beschloss, die Einsetzung der Arbeitskreise Stadtentwicklung, ÖPNV & Verkehr sowie Stadtmarketing.

Informationen zur Teilnahme an städtebaulichen Förderprogrammen wie "aktive Stadtzentren"
- Da die Stadt Gerolstein bereits an einem Förderprogramm teilnimmt, kann aktuell kein Städtebauförderprogramm angeboten werden. Allerdings ist die Unterstützung der Arbeitskreise durch die Wirtschaftsförderung gewährleistet.
- Die innogy SE beabsichtigt Teile von Gerolstein in Bezug auf Breitbandausbau (Glasfaseranschlüsse) auszubauen. Der Stadtrat ist sich einig, dass der Breitbandausbau in der Zukunft ein wichtiges und unvermeidbares Projekt sei und dass mit einer neuen Marketingstrategie an die Bürger heranzutreten ist.
- Die positiven Ergebnisse einer Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED werden erläutert.
- Die smarte City-Bank mit PV-Modul, WLAN und USB-Anschluss wurde am 15. September 2020 in Gerolstein aufgestellt.
- Es wurde über die neue Gerolsteiner Land App und dessen Optimierungsbedarf gesprochen.

Bundesprogramm "Mehrgenerationenhaus" - Beschlussfassung der Stadt Gerolstein zur weiteren Unterstützung der Arbeit des Mehrgenerationenhauses
Die Unterstützung des Mehrgenerationenhauses durch die Stadt Gerolstein ist weiterhin gewährleistet. Die Einbindung des Mehrgenerationenhauses in kommunale Aktivitäten zur Schaffung von Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürgern wird ermöglicht. Auch die Einbindung in kommunale Planungen zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung wurde beschlossen.